

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
– Drucksachen 7/2954, 7/4768 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Um der fortschreitenden Konzentration im Pressebereich, die die Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt immer mehr einzuengen droht, entgegenzuwirken, hat der Deutsche Bundestag eine wettbewerbsrechtliche Regelung verabschiedet, die den Bedingungen dieses Bereiches entspricht. Den besonderen Gegebenheiten im Pressebereich wird durch Herabsetzung der Aufgreifkriterien der allgemeinen Fusionskontrolle sowie durch Außerkraftsetzung der Bagatell- und Überregionalitätsklausel Rechnung getragen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die notwendige Transparenz des neuen Verfahrens und von Zusagen sicherzustellen. Er fordert sie ferner auf, anlässlich der nächsten Novelle zum Kartellgesetz, spätestens aber nach zwei Jahren über die bis dahin vorliegenden Erfahrungen mit der Fusionskontrolle bei Presseunternehmen zu berichten, insbesondere darüber, ob die gesetzlichen Regelungen ausreichen.

Bonn, den 10. März 1976

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion

